

System Sozialer Indikatoren für Deutschland: umfassendes Datenupdate verfügbar

Noll, Heinz-Herbert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Noll, H.-H. (2007). System Sozialer Indikatoren für Deutschland: umfassendes Datenupdate verfügbar. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 38, 5-7. <https://doi.org/10.15464/isi.38.2007.5-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

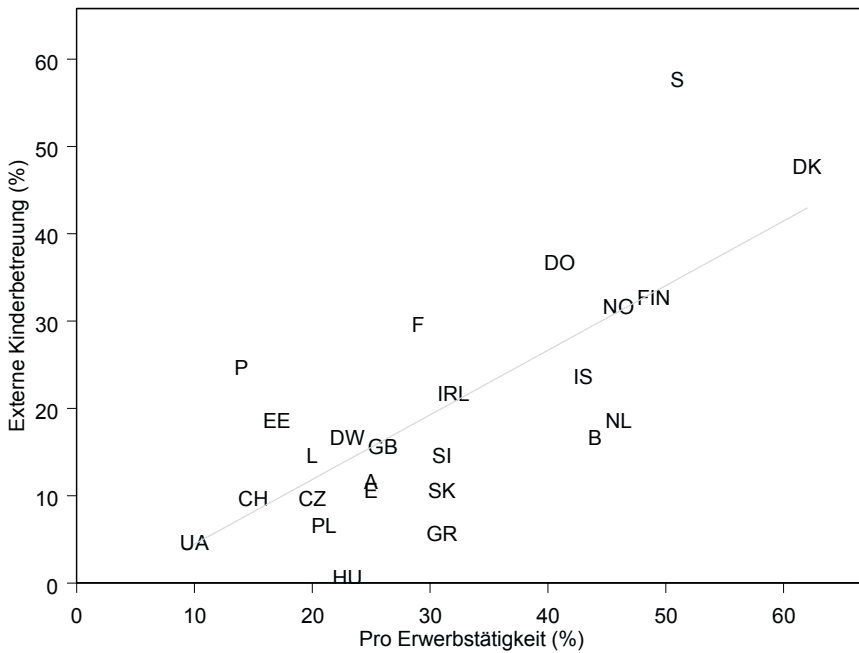
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Grafik 4: Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit und externe Kinderbetreuung in Europa, 2004



Pro Frauenerwerbstätigkeit: „Eine Frau sollte dazu bereit sein, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Familie zu reduzieren.“ Dargestellt sind Prozentanteile „lehne ab“ „lehne stark ab“. Externe Kinderbetreuung: Prozentanteil der Personen, in deren Haushalte Kinder unter 12 Jahren leben, die angeben, dass ihr jüngstes Kind außerhalb der Schulzeiten außerhalb der Familie betreut wird (Kindergarten, Kindertagesstätte, Hort, Tagesmutter o.ä.).

Abkürzungen: A = Österreich, B = Belgien, CH = Schweiz, CZ = Tschechische Republik, DK = Dänemark, DO = Ostdeutschland, DW = Westdeutschland, E = Spanien, EE = Estland, F = Frankreich, FIN = Finnland, GB = Großbritannien, GR = Griechenland, HU = Ungarn, IRL = Irland, IS = Island, L = Luxemburg, NL = Niederlande, NO = Norwegen, P = Portugal, PL = Polen, S = Schweden, SI = Slowenien, SK = Slowakei, UA = Ukraine

Datenbasis: European Social Survey 2004

die deutschsprachigen Länder Schweiz, Österreich, Deutschland (West) und Luxemburg, wo die die Berufstätigkeit von Müttern kaum befürwortet wird und die externe Kinderbetreuung nur selten vorkommt.

Bei dieser Betrachtung werden aber auch Ungleichgewichte zwischen der Befürwortung der Müttererwerbstätigkeit in der Gesellschaft einerseits und der außerhäuslichen Betreuung von Kindern andererseits sichtbar. In Ungarn und Griechenland findet so gut wie gar keine Betreuung außerhalb der Familie statt, obwohl 20-30% der Befragten die Müttererwerbstätigkeit durchaus befürworten. Eine im europäischen Vergleich geringe Kinderbetreuung bei vergleichsweise hoher Zustimmung in der Bevölkerung zur Frauenerwerbstätigkeit findet man in den Niederlanden, Belgien und Island.

In Einklang mit den bisherigen Ergebnissen liegen die Westdeutschen sowohl mit ihrer Haltung zur Erwerbstätigkeit von Müttern wie auch bei der Kinderbetreuung außerhalb der Familie im hinteren europäischen Mittelfeld. Ob Mütter berufstätig sein sollen und ob die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie geschaffen werden sollen oder nicht, wird wohl auch in Zukunft Gegenstand kontroverser Diskussionen bleiben.

Eichhorst, Werner, Kaiser, Lutz C., Thode, Eric, Tobsch, Verena, 2007: Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich. Zwischen Paradigma und Praxis. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

■ **Angelika Scheuer und Jörg Dittmann, GESIS-ZUMA**
Tel.: 0621 / 1246-249 und -248
angelika.scheuer@gesis.org
joerg.dittmann@gesis.org

und gleichzeitig werden Kinder dort am häufigsten außerhäuslich betreut – in Schweden sogar zu knapp 60%, in Dänemark zu knapp 50%. Auch in Ostdeutschland sind

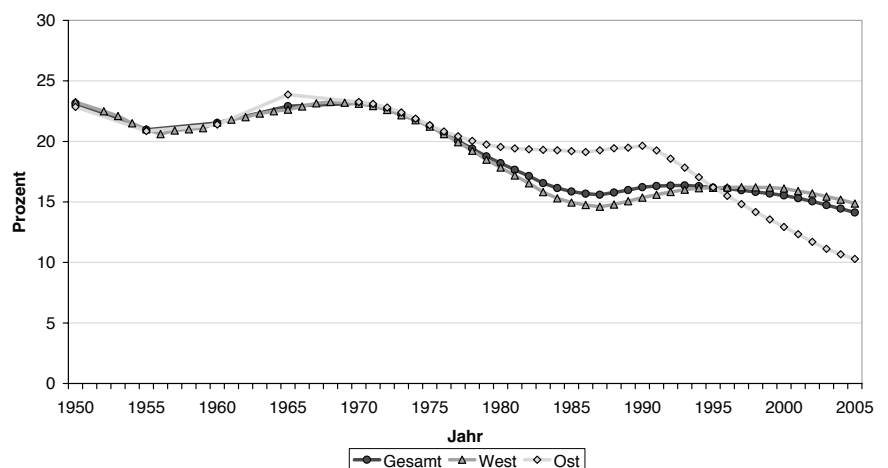
Einstellungen und externe Kinderbetreuung vergleichsweise stark ausgeprägt. Auf der anderen Seite befinden sich die osteuropäischen und die südeuropäischen Länder, aber auch

System Sozialer Indikatoren für Deutschland

Umfassendes Datenupdate verfügbar

Die Zeitreihendaten des „Systems Sozialer Indikatoren für Deutschland“ wurden soeben umfassend aktualisiert und werden in verschiedenen Formen – darunter einer Auswahl von ca. 90 „Schlüsselindikatoren“ – auf der unten angegebenen website der Abteilung Soziale Indikatoren zum download angeboten. Die knapp 400 Indikatoren und über 3000 Zeitreihen, die das System Sozialer Indikatoren gegenwärtig umfasst, vermitteln ein detailliertes empirisches Bild der längerfristigen Wohlfahrtsentwicklung und des sozialen Wandels in Deutschland. Dazu gehören die Veränderungen in den Lebensbedingungen und der Lebensqualität der Bürger ebenso wie der sozialstrukturelle Wandel. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich vom Beginn der fünfziger Jahre bis zur Gegenwart und

Indikator D007: Bevölkerungsanteil unter 15 Jahre



umfasst damit inzwischen mehr als ein halbes Jahrhundert.

Das Indikatorensystem gliedert sich in 13 Lebens- und Politikbereiche: Bevölkerung, Sozioökonomische Gliederung und Schicht-einstufung, Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen, Einkommen und seine Verteilung, Einkommensverwendung und Versorgung, Verkehr, Wohnen, Gesundheit, Bildung, Partizipation, Umwelt, Öffentliche Sicherheit und Kriminalität sowie Freizeit und Mediennutzung. Zudem enthält es eine Reihe von übergreifenden allgemeinen Wohlfahrtsindikatoren. Soweit es die Datengrundlagen zulassen, werden die Zeitreihen seit der deutschen Vereinigung neben dem früheren Bundesgebiet auch für das heutige Gesamtdeutschland sowie für die ostdeutschen Bundesländer separat ausgewiesen. Darüber hinaus liegen für eine Vielzahl der Indikatoren auch Disaggregationen nach verschiedenen soziodemografischen bzw. sozioökonomischen Merkmalen vor.

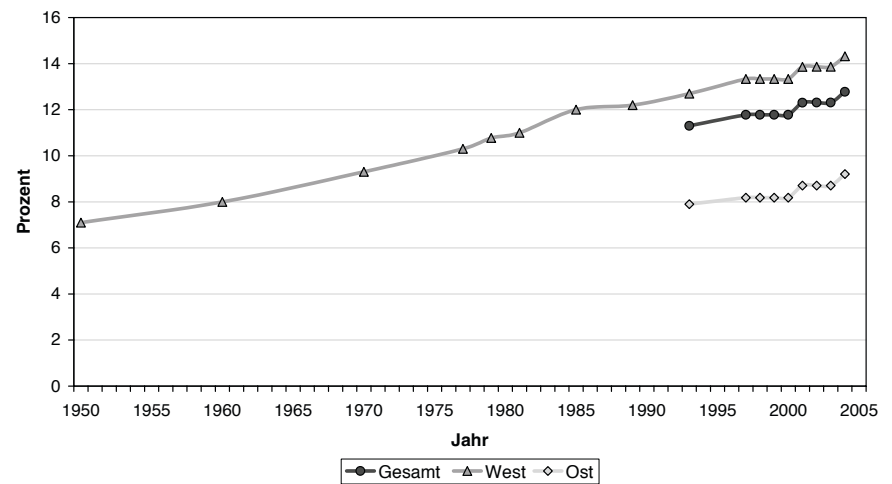
Aus der Vielzahl der Indikatoren können an dieser Stelle nur einzelne herausgegriffen werden, um exemplarisch aufzuzeigen, wie sich gesellschaftliche Entwicklungen im Spiegel dieses Systems Sozialer Indikatoren darstellen.

Die Entwicklung des Anteils der „unter 15-Jährigen“ – ein Indikator, der nicht zuletzt auch ein Maß für die Zukunftsfähigkeit oder Nachhaltigkeit einer Gesellschaft darstellt – dokumentiert, wie sich der demographische Wandel in einem Rückgang der jüngsten Bevölkerungsgruppe niederschlägt.

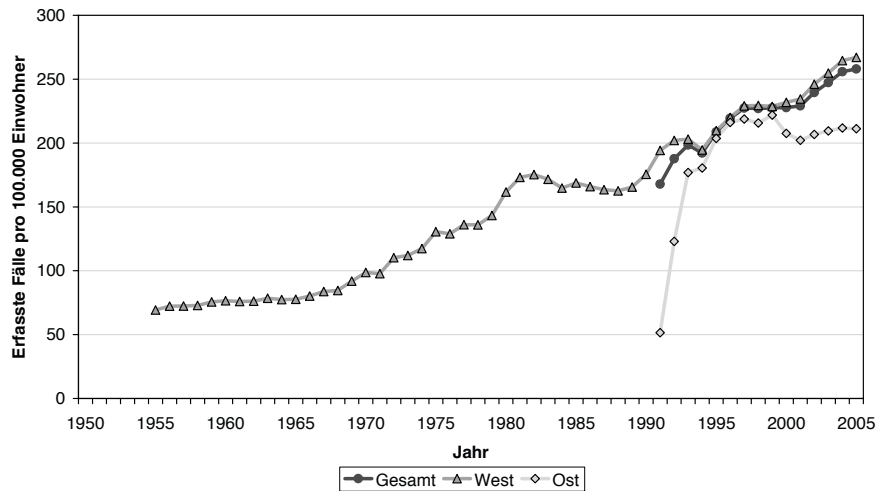
Hatte der Anteil der „unter 15-Jährigen“ in West und Ost gleichermaßen bis in die 1970er Jahre hinein noch bei fast einem Viertel der gesamten Bevölkerung gelegen, ist er inzwischen auf unter 15% gesunken und wird zukünftig noch weiter zurückgehen. Besonders bemerkenswert – wenn nicht sogar besorgniserregend – ist die Entwicklung in Ostdeutschland, wo der Anteil der „unter 15-Jährigen“ nach der deutschen Vereinigung von zwanzig auf zehn Prozent gesunken ist und sich damit in einem Zeitraum von lediglich 15 Jahren halbiert hat.

Wie sich das Gebiet der Bundesrepublik im Wandel der Zeit als Lebensraum für Mensch und Natur verändert hat, läßt sich am Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen am gesamten Staatsgebiet als einem Indikator für die Erhaltung von Umweltgütern bzw. ökologische Nachhaltigkeit ablesen. Wie in der Grafik dargestellt ist, betrug dieser Anteil im Jahr 2004 für Westdeutschland 14,3% und hat sich damit gegenüber 1950 exakt verdoppelt. In dem weniger dicht besiedelten und durch eine sehr unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklung geprägten Ostdeutschland beträgt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen im Jahr 2004 lediglich 9,2%; das entspricht etwa dem westdeutschen Wert des Jahres 1970.

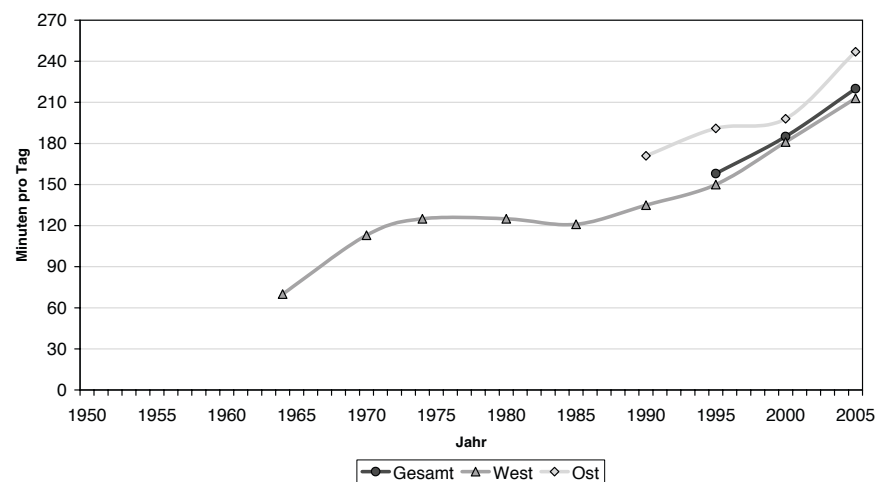
Indikator U002: Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil



Indikator K003: Gewaltkriminalitätsziffer



Indikator F038: Dauer des Fernsehens im Tagesdurchschnitt



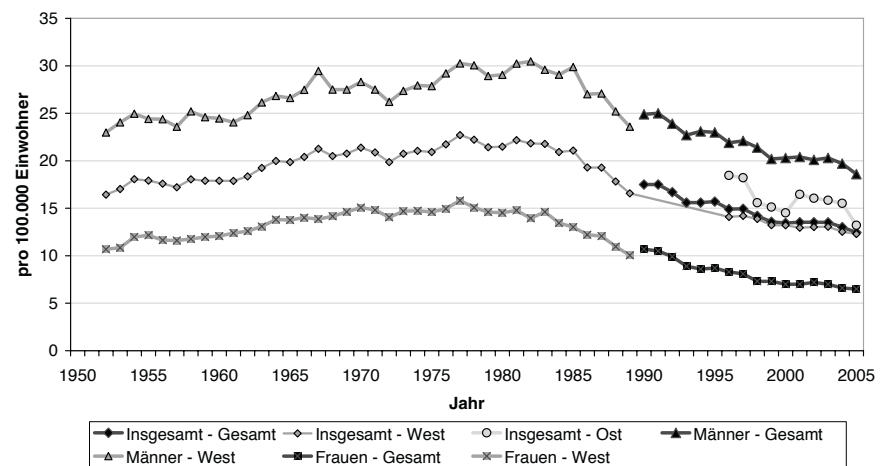
Der gesellschaftliche Wandel war in den vergangenen fünfzig Jahren nicht zuletzt auch durch eine beachtliche Zunahme der Gewaltkriminalität und eine damit einhergehende Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit charakterisiert. In Westdeutschland ist die Gewaltkriminalitätsziffer zwischen 1955 und 2005 von 69 auf 267 angezeigte Fälle pro 100.000 Einwohner gestiegen und hat sich damit in einem halben Jahrhundert nahezu

vervieracht. In Ostdeutschland, wo die Gewaltkriminalität in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung drastisch auf das damalige westdeutsche Niveau emporgeschwungen war, ist dagegen in dem zurückliegenden Jahrzehnt – von Schwankungen abgesehen – kein weiterer Anstieg zu verzeichnen.

Wie sehr Alltag und Freizeit der Menschen durch das Fernsehen bestimmt werden, lässt

sich an der durchschnittlichen Dauer des täglichen Fernsehkonsums ablesen. Nach einer deutlichen Zunahme des Fernsehkonsums in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre (1967 wurde das Farbfernsehen in der Bundesrepublik eingeführt) von damals einer auf zwei Stunden täglich, blieb die durchschnittliche Fernsehdauer bis in die Mitte der 1980er Jahre weitgehend unverändert. Erst danach – augenscheinlich durch die mit der Einführung des Privatfernsehens verbundene Ausweitung des Programmangebots befördert – ist der tägliche Fernsehkonsum der westdeutschen Bundesbürger kontinuierlich auf das heutige Niveau von durchschnittlich 3 1/4 Stunden gestiegen. In Ostdeutschland sehen die Bürger im Durchschnitt sogar mehr als vier Stunden täglich fern.

Eine auch in der Fachdiskussion bisher nur wenig beachtete, aber bemerkenswerte gesellschaftliche Entwicklung ist der – ca. Mitte der 1980er Jahre einsetzende – kontinuierliche Rückgang der Selbstmordraten in Deutschland. War die Selbstmordrate in den ersten Nachkriegsjahrzehnten im Bereich des früheren Bundesgebietes zunächst bis auf einen Maximalwert von 22,7 Selbstmorden pro 100.000 Einwohner im Jahr 1977 gestiegen, ist sie seitdem bis auf einen Wert von 12,3 Selbstmorden pro 100.000 Einwohner im Jahre 2005 – das niedrigste Niveau in der Geschichte der Bundesrepublik – gesunken. Diese Tendenz sinkender Selbstmordraten ist für Männer und Frauen sowie in West- und Ostdeutschland gleichermaßen zu beobachten. Während sich die in der Vergangenheit

Indikator M009: Selbstmordrate

deutlich höhere ostdeutsche Selbstmordrate inzwischen weitgehend an das niedrigere westdeutsche Niveau angenähert hat, bleiben die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Selbstmordraten im Zeitverlauf bestehen, bzw. haben die diesbezüglichen relativen Differenzen zwischen Männern und Frauen sogar zugenommen: Im Jahre 2005 lag die Selbstmordrate der Frauen bei 6,5, die der Männer aber bei 18,6 Selbstmorden pro 100.000 Einwohner.

Die Tendenz sinkender Selbstmordhäufigkeiten war in den vergangenen Jahren auch in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern – darunter den USA – zu beobachten, ohne dass die Gründe dafür bereits eindeutig

identifiziert werden konnten. Als mögliche Ursachen für die positive Entwicklung werden unter anderem der Einsatz hochwirksamer Anti-Depressiva sowie die Effekte spezifischer Risikoerkennungs- und Vorbeugungsprogramme diskutiert.

Die aktualisierten Zeitreihendaten des Systems Sozialer Indikatoren für Deutschland stehen auf der folgende website zur Verfügung: www.gesis.org/Sozialindikatoren/Daten/System_Sozialer_Indikatoren/index.htm

Heinz-Herbert Noll, GESIS-ZUMA

Tel.: 0621 / 1246-241

heinz-herbert.noll@gesis.org

„Social Reporting in Europe. Citizens' Expectations Towards Welfare State Reforms“

Eine Villa Vigoni Konferenz

In dem Deutsch-Italienischen Zentrum „Villa Vigoni“ fand vom 25.-27. März eine Tagung zum Thema „Social Reporting in Europe. Citizens' Expectations Towards Welfare State Reforms“ statt. Es war bereits die zweite Villa Vigoni Konferenz, die sich mit Fragen der Sozialberichterstattung befasste. Nachdem sich die Tagung im Jahr 2006 zunächst auf Sozialberichterstattungsaktivitäten in Italien und Deutschland konzentriert hatte (vgl. ISI 36), standen diesmal Social Reports aus verschiedenen europäischen Ländern sowie der EU-Kommission zur Diskussion. Neben dem italienischen Censis-Report (C. Colicelli) und dem deutschen Datenreport (H.-H. Noll) wurden die französischen „Données Sociales“ und „Portrait Sociales“ (Ch. Chambaz), der niederländische „Social and Cultural Report“ sowie „De Sociale Staat van Nederland“ (J.

Boelhouwer), der polnische „Social Report“ (M. Zukowski) und der „Swiss Social Report“ (Ch. Suter) präsentiert und diskutiert. Ergänzend zu den nationalen Sozialberichten wurde auch der europäisch-vergleichend angelegte „Social Situation Report“ der EU-Kommission (M. Delroy) vorgestellt. Verschiedene Kommentatoren (U. Bieber, L. Sabbadini, J. Schupp) formulierten Anregungen und Wünsche an die Sozialberichterstattung sowohl aus wissenschaftlicher Sicht als auch der Perspektive des „policy making“. Die vorgestellten Sozialberichterstattungsaktivitäten wurden insbesondere aus einer Perspektive des „learning from best practice“ diskutiert, ohne aber deren teilweise lange Traditionen und die jeweiligen nationalen Besonderheiten – auch der politischen Kulturen – aus dem Blick zu verlieren.

In einem zweiten inhaltlichen Teil der Tagung wurden die Erwartungen und Einstellungen der Bürger zu den gegenwärtigen Reformen des Wohlfahrtsstaates in verschiedenen europäischen Ländern (W. Glatzer, A. Golini, J. Kohl, F. Maietta) sowie ausgewählte Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung (B. Christoph, E. Koch-Weser, St. Weick) thematisiert. Hier zeigten sich sowohl viele Parallelen zwischen den betrachteten Ländern als auch nationale Besonderheiten. Zum Abschluss der Tagung wurden die Möglichkeiten eines zukünftigen periodischen Austauschs diskutiert und die Etablierung eines informellen „European Social Reporting Networks“ ins Auge gefasst.

Die Tagung wurde von Aldo Venturelli (Villa Vigoni) und Heinz-Herbert Noll (GESIS-ZUMA) unter Beteiligung von Carla Colicelli (Censis) organisiert und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert.

Heinz-Herbert Noll, GESIS-ZUMA

Tel.: 0621 / 1246-241

heinz-herbert.noll@gesis.org